

Bezirksamtsvorlage Nr. 1196
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 14.04.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2252 VI, Beschluss vom 18.12.2025 betrifft:
„Etablierung von Gesundheitslotsen und Koordinationsstellen im Bezirk zur Unterstützung bei Terminproblemen“

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Keller

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Etablierung von Gesundheitslotsen und Koordinationsstellen im Bezirk zur Unterstützung bei Terminproblemen“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat:
 - b) Frauenvertretung:
 - c) Schwerbehindertenvertretung:
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen:

keine

10. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

11. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Keller

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über „Etablierung von Gesundheitslotsen und Koordinationsstellen im Bezirk zur Unterstützung bei Terminproblemen“

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.12.2025 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2252/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, inwieweit es möglich ist, im Bezirk Mitte die Einrichtung von Gesundheitslotsen und Koordinationsstellen zu fördern und zu etablieren, die Patienten niedrigschwellig und unbürokratisch bei der Vermittlung von Arztterminen und der Orientierung im Gesundheitswesen unterstützen.

Das Bezirksamt hat am 14.04.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Anliegen der BVV nach niedrigschwelliger und unbürokratischer Vermittlung von Arztterminen ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dies ist Bestandteil des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und liegt somit in deren Zuständigkeit. Die Kassenärztliche Vereinigung bietet unter <https://www.116117-termine.de/> auch bereits einen Terminservice an.

Die von der BVV geforderte Beratung zur Orientierung im Gesundheitswesen wird gegenwärtig zum Teil bereits durch z.B. Beratungsstellen oder bestehende Lotsendienste (wie etwa Stadtteilmütter, Lotsenprojekt Die Brücke, Berliner Hausbesuche) geleistet. Das ursprünglich von der Bundesregierung geplante Modell der Gesundheitskioske wurde im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz nicht realisiert. Von einer erneuten Aufnahme dieses Ansatzes ist dem Bezirksamt nichts bekannt.

Das Problem ist nach Einschätzung des Bezirksamtes weniger die fehlende Kompetenz beim Finden von Arztterminen, als vielmehr eine strukturelle Fragestellung. Die Art, wie die medizinische Versorgung aktuell organisiert ist, führt zu einer eindeutigen Ungleichbehandlung zwischen gesetzlich und privat Versicherten. Insbesondere in der ambulanten Versorgung führt diese Unterscheidung dazu, dass offenbar nicht ausreichend Termine für gesetzlich Versicherte vorgehalten werden (können). Zusätzlich führt die bestehende Auslastung der niedergelassenen Ärzt*innen dazu, dass Termine entweder nicht zeitnah angeboten werden können oder kaum mehr Neuaufnahmen möglich sind. Eine Verbesserung der ambulanten Versorgung und der Orientierungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen (z. Bsp. durch Gesundheitskioske) ist nicht leistbar durch den Bezirk. Das

Bezirksamt Mitte verfügt weder über die Zuständigkeit, noch über die notwendigen finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten, um entsprechende zusätzliche Orientierungsservices aufzubauen. Daher hält das Bezirksamt den angeregten Ansatz für nicht zielführend.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13(1) BezVG i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

Berlin, den 14.04.2026

Bezirksstadtrat Keller

Bezirksbürgermeisterin Remlinger